

Hessenwahl 1982:

Was tun gegen Unternehmerangriff und Dregger-Kurs?



Frankfurter Metaller zeigen die Richtung: Demonstration der VDM-Belegschaft

Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Lohnsenkung: Klassenkampf der Unternehmer

«Der Gesetzgeber hat bisher wenig zur Kostenentlastung der Wirtschaft getan. Die überschwappende Woge der Insolvenzen (Zahlungsunfähigkeit; d. Verf.) und Betriebsschließungen ist ein nicht zu übersehendes Alarmsignal dafür, daß für viel zu viele Betriebe die Gewinne fehlen und Verluste den Untergang bringen.» Mit diesen Worten schließt eine vorwiegend an die Adresse der Bundesregierung gerichtete Kritik von dem Vorstandsmitglied der Firma E. Merck, Dr. H. J. Langmann, in der FAZ vom 22. 5. 1982.

Damit drückt er die Auffassung wohl aller Unternehmer aus. Mehr Gewinne — dieses Ziel wollen die Unternehmer erreichen durch

- Einführung von Karenztagen, d. h. Wegfall der Lohnfortzahlung für die ersten 1—3 Krankheitstage;
- Umstellung der Rentenversicherung von der brutto- auf die nettolohnbezogene Rentenerhöhung;
- Wegfall der Dynamisierung bei den Betriebsrenten;
- Leistungsverringerung in der Krankenversicherung, um die Krankenversicherungsbeiträge möglichst einfrieren zu können;

— Zurückdrängen des »Wohlfahrtsstaats«; d. h. die Staatseinnahmen sollen stärker den Unternehmern zugute kommen;

— Verringerung der Unternehmenssteuern;

— und schließlich, aber nicht zuletzt, durch weiteren Lohnabbau.

Bei der Verwirklichung dieses Zieles kommt den Unternehmern insgesamt die wachsende Arbeitslosigkeit zugute, weil das dadurch vorhandene Überangebot an Arbeitskräften die Arbeitslöhne dauerhaft nach unten drückt. Die Arbeitslosigkeit speist sich wesentlich aus drei Quellen: 1. Der Stilllegung von Betrieben; 2. Der Nicht-Auslastung von Produktionskapazitäten (derzeitige Auslastung bei 77% mit sinkender Tendenz); 3. Dem Einsatz arbeitssparender Methoden und Techniken (Rationalisierung, Automatisierung). Für das Jahr 1982 rechnet die Bundesanstalt für Arbeit mit einer Spitze von über 2 Millionen Arbeitslosen.

Es ist wichtig, diese unterschiedlichen Quellen der Arbeitslosigkeit zu erkennen, weil sich nur dann die Programme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Hinblick auf ihre Wirkung richtig beurteilen lassen. So würden durch die vollständige Auslastung sämtlicher Produktionskapazitäten nur etwa 400 000 bis 600 000 Menschen eine neue Arbeitsstelle finden (FAZ 22.5.1982). Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, müßten also umfangreiche neue Produktionskapazitäten geschaffen werden. Welcher Unternehmer wird dazu aber bereit sein, wenn er bereits seine alten Anlagen nur zu etwa 3/4 auslasten kann?

**Wer war eigentlich
Holger Börner?**

**Wählt keine
Startbahnpartei!**



**Mit uns ohne
Zukunft.
SPD.**

**Wählt keine
Startbahnpartei!**



*Aufkleber der Bürgerinitiative
gegen die Startbahn-West*

Was will die SPD dem entgegensetzen?

Was hat die SPD und was hat insbesondere der hessische Ministerpräsident Börner diesen klaren Forderungen und Taten der Unternehmer entgegenzusetzen? In einem Diskussionsbeitrag im Vorfeld des Münchener Parteitags erklärt er, wie er den sozialen Frieden retten will. So schreibt er u. a.: *»Wo wir in den 70er Jahren zuweilen etwas zu leichtfertig an die Machbarkeit humaner gesellschaftlicher Verhältnisse geglaubt haben, da drohen wir heute eher in Resignation und Zynismus zu verfallen. Was wir statt dessen brauchen, sind Realismus und strategische Phantasie.«*

»Unser größtes Problem in den 80er Jahren wird es bleiben, das Recht auf Arbeit und den sozialen Frieden zu sichern...« Er weist dann auf die zu erwartende Steigerung der Arbeitslosigkeit hin und formuliert dann *»Umriss eines Programms, das neue Arbeitsplätze schaffen hilft...«*: *»Angesichts der Rahmenbedingungen muß klar sein, daß ein solches Programm Opfer erfordert, oder, mit einem anderen Begriff, Solidarität. Wir müssen Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen verlangen; Solidarität der besser Situierten mit den Schwächeren; Solidarität der Älteren, die schon drin sind im System, mit den Jüngeren, die ein Recht auf angemessene Zukunftschancen haben. Wo solche Solidarität verweigert wird, droht dem sozialen Frieden große Gefahr.«* (FR, 5. 4. 1982)

Praktisch soll durch eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftssteuer ein sogenanntes Zukunftsinvestitionsprogramm finanziert werden, d. h. die Unternehmer sollen Aufträge oder Subventionen erhalten für den Wohnungsbau, den Umweltschutz, Ausbau der Fernwärme, für Energieprogramme »weg vom Öl« und für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Arbeitslosenversicherung soll gestützt werden durch eine *»Arbeitsmarktsteuer für Beamte und andere.«* Arbeiter und Angestellte sollen Tarifeinbußen in Kauf nehmen und dafür früher in Rente gehen (Modell der IG Chemie: Tarif-Rente). Und schließlich: *»Wir dürfen keine zusätzlichen ausländischen Arbeitskräfte mehr ins Land lassen«* und *»Wir müssen die Folgen der Bildungsexpansion ehrlich diskutieren und die Akademikereinkommen umverteilen.«*

Arbeiter und Angestellte werden gegeneinander ausgespielt — zum Nutzen der Unternehmer

Die Mitgliederstruktur der hessischen SPD wird im wesentlichen durch drei Schichten bestimmt: Die erste Schicht machen bestimmte Industriehandwerker- und Facharbeitergruppen aus; sie gilt als konservativ, hat heftige Vorurteile gegen die Angestellten, Beamten und gegen Intellektuelle; sie hat ihre Hausmacht in den Gewerkschaftsvorständen und den Betriebsräten. In ihrem Selbstverständnis repräsentiert sie »die Arbeiter«, tatsächlich vertritt sie fast ausschließlich bestimmte Facharbeiterbelange. Der SPD-

Bezirk Hessen-Nord, aus dem Börner kommt, wird von dieser Schicht beherrscht.

Die zweite Schicht machen die liberal gesonnenen Akademiker aus: Lehrer, Architekten, Juristen usw. Die dritte Schicht schließlich wird gebildet durch Angestellte und Beamte der Kommunen und des Landes. Diese letzten beiden Schichten dominieren im südhessischen SPD-Bezirk.

Die Rivalitäten zwischen beiden hessischen SPD-Bezirken rühren von dieser unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung her. Börner macht sich entschieden zum Sprecher jener konservativ eingestellten Facharbeiter, die er dadurch vor Lohninbußen schützen will, daß er die Akademiker und die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes stärker belastet. Dadurch verschärft er die Spannungen auch in der SPD, ohne daß er seine Gewerkschaftsfraktion wirklich zufriedenstellen kann, denn die Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst haben weder in der Vergangenheit noch werden sie in der Zukunft Betriebsschließungen wie bei Enka in Kassel oder bei VDM, AEG usw. verhindern können.

Die Politik Börners ist daher völlig hilflos, und das kommt unter anderem auch darin zum Ausdruck, wenn er sich die Auseinandersetzung mit den Startbahngegnern beispielsweise so vorstellt, daß er sie mit Dachlatten verprügeln will. Nichts kennzeichnet den Verfall der hessischen SPD deutlicher, als daß Börner heute unangefochten ihre Führung innehat und die innerparteiliche Opposition außerstande ist, sich wirkungsvoll zu organisieren.

Nun zu Börners Vorstellungen, wie er den sozialen Frieden sichern will. Sieht man von den Zugeständnissen an die Gefühle und Vorurteile der sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten einmal ab, so bleiben einige Sachaussagen übrig, die äußerst angreifbar sind: Erstens fordert Börner im wesentlichen, daß bestimmte Schichten der Arbeitnehmer direkt Einkommensverluste erleiden sollen. Wofür? Um dieses Geld in Form von Aufträgen den Unternehmern in den Rachen zu stecken. Daß dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden oder bestehende erhalten werden, ist einzig und allein eine Behauptung Börners. Und es gibt viele und gute Gründe, diese anzuzweifeln. Wie läßt sich diese »Politik des Wortes« mit der »Politik der Tatsachen« vereinbaren, wonach die Hessische Landesregierung Jahr für Jahr 1% der Arbeitsplätze in der Landesverwaltung abbaut? Warum sollten dann ausgerechnet Einsparungen bei den Lehrergehältern dazu führen, daß zusätzliche Lehrer eingestellt werden und nicht dazu, daß die Nettokreditaufnahme für den Landeshaushalt verringert wird?

Will die SPD mit diesem Programm die Absichten der Unternehmer vereiteln? Ist es nicht vielmehr so, daß sie zum Unternehmerangriff schweigt und stattdessen verschiedene Gruppen der Arbeiter und Angestellten gegeneinander ausspielt, indem sie den Begriff der Solidarität mißbraucht?

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



Solidarität hieß in der Arbeiterbewegung das gemeinsame Zusammenstehen der Arbeiter gegen die Unternehmer. Heute verwendet Börner diesen Begriff, um Widerstand gegen Lohn- und Gehaltskürzungen im Keim zu ersticken.

Mit Ihrer Politik beschleunigt die SPD die Zersetzung Ihrer eigenen Wählerbasis

Diese Handlangerdienste für das Kapital führen schließlich zur Zersetzung der SPD selbst und ihrer Wählerbasis. Schon seit den Landtagswahlen von 1974 wenden sich soziale Aufsteiger, besser verdienende Angestellte und Beamte von der SPD ab und der CDU zu. Dieser Prozeß beginnt nun auch auf die Arbeiterschaft übergreifen, wie sich z. B. in der Hamburger Bürgerschaftswahl gezeigt hat. Dies sind Wähler, deren Vertrauen in das kapitalistische Wirtschaftssystem noch weitgehend ungebrochen ist, die aber der SPD nicht mehr zutrauen, die entsprechende »richtige« Politik durchzuführen. Von der CDU erwarten sie, daß sie über die politischen Mittel verfügt, die anstehenden Probleme mit Erfolg zu lösen. Auch diese Hoffnung wird sich als Illusion herausstellen. Der Zersetzungsprozeß der Volksparteien, von dem die SPD zuerst erfaßt wurde, wird auch um die CDU keinen Bogen machen, wenn die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft schärfer aufbrechen.

Auf der anderen Seite stehen Arbeiter und Angestellte, die sich von einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zunehmend nicht nur sogenannte »Randgruppen«, sondern auch den Kern der Arbeiterschaft trifft, abgestoßen fühlen. Aus Enttäuschung und Resignation über die SPD sind sie in den vergangenen Wahlen in wachsendem Ausmaß der Stimmabgabe ferngeblieben.

Und schließlich wenden sich von der SPD beträchtliche Teile der Jung- und Erstwählerschaft ab und den Grünen zu, weil sie

keine Unterschiede zwischen den drei traditionellen Parteien erkennen können und sie alle drei gleichermaßen ablehnen.

Innerhalb von etwas mehr als einem Jahrzehnt hat die SPD das verloren, was sie als ihre Integrationsfähigkeit bezeichnet hat und worauf sie so stolz war. Unter dem Druck von derzeit etwa zwei Millionen Arbeitslosen tritt immer deutlicher eine politische Spaltung zutage zwischen den Arbeitern und Angestellten, die den Kapitalismus noch ausdrücklich bejahen und in einer »Roßkur«, wie sie z. B. die konservative Regierung in England durchführt, einen Weg zur Lösung der kapitalistischen Krise sehen. Auf der anderen Seite stehen die, denen solch eine »Roßkur« die unerträglichste Belastung bedeutet und die dagegen protestieren wollen und die zum Teil schon nach Wegen zur Gegenwehr suchen.

Die SPD-Führung sucht einen Weg dazwischen, der vor allem ihre Stammwähler, die Facharbeiter, relativ ungeschoren davonkommen lassen soll. Aber diesen Weg »dazwischen« gibt es nicht, jedenfalls nicht auf Dauer.

Was kommt mit der CDU auf uns zu?

Der CDU kommt unter diesen Umständen ihr Ruf zugute, Partei der Reichen und des Kapitals zu sein. Sie verzichtete lange Zeit bewußt auf jede konkrete Wahlaussage. Ihre Politik reduziert sich im wesentlichen darauf, aus dem Abwirtschaften der SPD Nutzen zu ziehen.

Die vom hessischen CDU-Landesvorstand am 11. August bekanntgegebenen zehn »Ausgangspositionen« für eine zukünftige CDU-Politik nach dem 26. September lassen allenfalls ahnen, worin sich die Politik der CDU von der der SPD unterscheiden wird.

So kündigt die CDU »sorgfältige, aber unbürokratische Mitwirkung am Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren wichtiger Zukunftsprojekte im Lande Hessen (an), durch Beseitigung aufgetürmter politischer Hürden vor der Verwirklichung arbeitsplatzschaffender Investitionen in der

Energiewirtschaft, im Verkehrswesen, in der Umwelttechnologie und in der Medientechnologie... Man nimmt an, daß die 'Freigabe heute in Hessen blockierter Investitionen' in den nächsten Jahren bis zu sechzigtausend neue Arbeitsplätze schaffen helfen würde.« (FAZ, 12. 8. 1982)

Ferner wird versprochen, daß in den nächsten drei Jahren keine offenen oder versteckten Steuererhöhungen vorgenommen werden und daß in dieser Zeit die öffentlichen Haushalte durch »eiserne Sparsamkeit« bei den nichtinvestiven Ausgaben saniert werden sollen. Überflüssige Verwaltung solle abgeschafft und durch Ausnützen der sogenannten natürlichen Fluktuation möglichst ein Prozent der Beschäftigten jährlich eingespart werden.

Die »kommunale Eigenverantwortlichkeit« soll durch Abbau staatlicher und kommunaler Mischfinanzierung gestärkt werden. Die zwangsweise Einführung der Förderstufe wird abgelehnt, ebenso die flächendeckende Einführung von Förderstufe oder Gesamtschule. »Umfassende« Erweiterungen der Studienplatzkapazität werde es nicht geben.

Die CDU werde den »Frieden im Lande« u.a. dadurch sichern, daß Verfassungsfeinde in Hessen »keine Chance im öffentlichen Dienst« haben sollen und daß Gewalt gegen Personen und Sachen »unter keinem denkbaren Gesichtspunkt« toleriert werde.

»Integrationswillige« und »integrationsfähige« Ausländer sollen gefördert werden. »Weiterer Zuzug, insbesondere von Familienangehörigen, müsse deshalb in Zukunft unterbleiben. Rückkehrwillige Ausländer seien in ihrer Absicht zu unterstützen. Gegen die mißbräuchliche Ausnutzung der deutschen Sozialgesetze durch Ausländer sei mit allen rechtlichen Möglichkeiten vorzugehen. Das kommunale Wahlrecht (eine Forderung von Teilen der SPD) kommt für Ausländer nach Ansicht der CDU nicht in Betracht.« (FAZ, 12. 8. 1982)

Einstweilen läßt sich sagen, daß diese Absichtserklärungen des CDU-Landesvorstands kein erhebliches Abweichen von Grundzügen der Politik der sozialliberalen Koalition in Hessen erkennen lassen. Sie sind sogar deutlich weniger aggressiv formuliert als z. B. Börners Thesen.¹

Ein etwaiger Wahlsieg der CDU bedeutet daher auch keine prinzipielle Umkehrung der bisherigen Politik. Wohl aber werden aus diesem Wahlsieg die Unternehmer den — richtigen — Schluß ziehen, daß derzeit jene Stimmung in der Bevölkerung das Übergewicht hat, die ihnen freie Hand zum Angriff gegen die wesentlichen Knüpfstellen des »sozialen Netzes« läßt. Sie werden daraus ihren Vorteil zu ziehen wissen.

Die Arbeiter und Angestellten müssen selbst auf die politische Bühne treten

Daraus kann nicht der Schluß gezogen werden, die verfaulende SPD zu stützen, die schließlich der CDU den Weg bereitet hat. Die Konsequenz aus den obigen Überlegungen kann nur lauten, praktisch den Kampf gegen die Unternehmerangriffe in den Betrieben und Verwaltungen aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten müssen erkennen, daß sie allein auf sich angewiesen sind, daß es keine nennenswerte politische Organisation in dieser Bundesrepublik gibt, die ihre materiellen Interessen gegen die kommenden Unternehmerangriffe verteidigen könnte. Sie müssen in diesen Auseinandersetzungen lernen, selbst eine solche Organisation aufzubauen. Darin liegt der Hauptsinn der kommenden Arbeitskämpfe, nicht in der Erringung von etwas mehr Lohn oder der Verhinderung von etwas mehr Abbau, so wichtig auch das ist.

In dieser Entwicklung befinden wir uns allerdings noch ganz am Anfang. Während die Hoffnungen auf die SPD praktisch auf Null gesunken sind, ist unter den Werktätigen das Bewußtsein der eigenen Stärke noch kaum entwickelt. Die Gegenwehr gegen die Angriffe auf Arbeitsplätze, soziale Er-



rungenschaften und Lebensstandard beginnt sich gerade erst langsam zu entwickeln. Dieser Prozeß erfolgt noch tastend, manchmal widersprüchlich und fast immer noch punktuell, wie die Ansätze zu selbständigem Handeln bei Videocolor, VDM, Rockwell und mit Einschränkungen Demag zeigen. Um diese Ansätze aus ihrer Beschränkung auf einzelne Betriebe und Belegschaften (manchmal auch nur Teile von Belegschaften) herauszulösen, muß das Desinteresse vieler noch nicht betroffener Kollegen überwunden werden.

Diesem Zustand noch verbreiteter Passivität in der Arbeiterschaft entspricht, daß unter der großen Masse der Kollegen auch kein Bewußtsein über ihre Stellung in der Gesellschaft oder gar die politische Rolle besteht, die die Arbeiter bei Strafe des Untergangs historisch zu spielen haben werden. Und daraus ergibt sich weiter, daß es gegenwärtig in der westdeutschen Parteienlandschaft eben auch keinen politischen Ausdruck der Arbeiter als Klasse gibt. Daß einige Gruppen, darunter auch die DKP, dies bestreiten und ihren eigenen Anspruch mit der Wirklichkeit verwechseln, ändert nichts an der Tatsache.

Welche Rolle kommt in der gegenwärtigen Situation den Grünen zu?

Aber auch wenn es gegenwärtig keine politische Arbeiterbewegung gibt, so hat sich doch im Laufe weniger Jahre eine breite und weit gefächerte Protestbewegung entwickelt, die sich in erster Linie gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, wie etwa die Umweltzerstörung, der unverantwortlichen Anwendung der gegenwärtig nicht be-

¹ Im Vorfeld des Münchner SPD-Parteitag hatte Börner das Thesenpapier »Wir brauchen ein staatliches Investitionsprogramm« vorgelegt (abgedruckt in FR 5. 4. 1982). Sein programmatischer Gehalt geht über ein erneutes Aufwärmen sozialdemokratischer Ladenhüter nicht hinaus.

herrschaftlichen Kerntechnologie und jetzt gegen den westlichen Aufrüstungskurs richtet. Diese Bewegung wird von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten getragen, darunter auch Arbeiter und Angestellte, und spiegelt verschiedene, teilweise auch widersprüchliche Motive wider. Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation ist aber, daß sich Arbeiter und Angestellte in der Bewegung etwa gegen die Startbahn West oder den Aufrüstungskurs noch nicht klassenmäßig bemerkbar machen.

So unterschiedlich im einzelnen die Beweggründe für den Protest auch sein mögen, gemeinsam ist allen Beteiligten, daß ihre Anliegen in den Landtagsparteien und innerhalb des Parlaments nicht mehr zum Ausdruck kommen. Nicht ein einziger SPD-Abgeordneter hat es im Landtag gewagt, gegen die Startbahn West zu stimmen. In dieser Situation, in der die Wählerbasis der SPD zufällt, sich außerparlamentarisch an unterschiedlichen Punkten eine breite Protestströmung entwickelt hat und die Arbeiterklasse noch weit davon entfernt ist, politisch auf den Plan zu treten, kommt der Partei der Grünen eine besondere Rolle zu: Die Grünen sind **auf der Ebene des Stimmzettels** für eine wachsende Zahl insbesondere jüngerer Menschen zu einem Symbol des Widerstandes gegen die vielfältigen Folgen des herrschenden Systems und der entsprechenden Politik geworden. Dabei herrscht über die wirklichen Ursachenzusammenhänge noch verbreitet Konfusion. Die Grünen können diese symbolische Rolle trotz ihrer organisatorischen Begrenztheit spielen. Auch die Tatsache, daß sie entgegen ihrem Anspruch in den verschiedenen Bewegungen und Initiativen praktisch nur eine untergeordnete Rolle spielen, steht dem nicht entgegen. Dies macht die Unterscheidung zwischen grüner **Partelorganisation** und **grünem Wahlpotential** für die weiteren Überlegungen zwingend.

Gerade für jüngere Arbeiter und Angestellte bringen die Grünen auch eine gewandelte Lebensauffassung und eine tendenzielle Abkehr von kleinbürgerlichen Wohlstandsidealen zum Ausdruck. Gegenüber der Wiederaufbaugeneration hat die Frage nach der Qualität des Lebens außerhalb der Arbeit an Gewicht gewonnen.



Widerstand gegen eine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen

Das grüne Stimmenbarometer zeigt eine wachsende außerparlamentarische Strömung sozialer Unzufriedenheit und das schwindende Vertrauen in irgendwelche Stellvertreter (die derzeitigen Landtagsparteien nennen das »Parteienverdrossenheit«). Hier liegt auch die Ursache für die Unruhe, die das stimmenmäßige Erstarken der Grünen in den Kreisen der Herrschenden hervorgerufen hat. Die Partei der Grünen selbst, ihre Kandidaten und ihr parlamentarisches Auftreten haben damit wenig zu tun².

Daß die Grünen auf der Ebene des Stimmzettels zum Symbol der vielfältigen Protestströmungen werden konnten, hängt mit ihrem diffusen politischen Erscheinungsbild zusammen. Der kleinste gemeinsame Nenner, den sie anbieten, drückt wohl am besten die derzeitige Bewußtseinslage der großen Mehrheit aus, die von der Strömung des Protests erfaßt worden sind. Die Grünen spiegeln insofern auch den vielfältigen Charakter dieser Strömung und die Tatsache wider, daß es hier noch keine klaren Klassenpositionen gibt.

Die zunehmende Fixierung der grünen Partei auf Parlament und parlamentarische Arbeit drückt einerseits die noch verbreiteten parlamentarischen Hoffnungen aus. Andererseits zeigt sich in dieser Orientierung der Grünen aber auch der deutliche Mangel an wirklicher Verankerung ihrer Organisation in den außerparlamentarischen Strömungen. Die Jagd nach Wählerstimmen hat die Grünen zur opportunistischen Anpassung an die in diesen Strömungen vorherrschenden Trends und Stimmungen veranlaßt und derzeit die konservativ auftretenden Ideologen der ökologischen Weltanschauung an den Rand gedrängt.

Auf ähnliche Weise trifft dies allerdings auch auf jene zu, die mit sozialistischem Selbstverständnis zu den Grünen gegangen sind.

Hinter der symbolischen Rolle, die den Grünen derzeit **objektiv** zukommt, treten Personen und Programmaussagen zurück. Selbst ihre tatsächliche Politik in den Parlamenten, wo sie schon vertreten sind, ist für diese Rolle von zweitrangiger Bedeutung, was nicht heißt, daß es uns gleichgültig sein kann, was sie dort treiben. Es ist das Wissen um diese Tatsache, die es den Grünen in Hessen und anderswo ermöglicht hat, sich souverän über die vor allem von linken Kräften an sie herangetragene Forderung nach breiten, gemeinsamen Wahllisten hinwegzusetzen.

Klärungsprozesse in der grünen Wähler- und Mitgliedschaft sind unvermeidlich

Freilich können wir auch nicht übersehen, daß in der breiten Protestströmung, zu deren symbolischem Ausdruck auf Wahlerebene die Grünen geworden sind, auch ein trüber Bodensatz an rückwärtsgewandter, teilweise reaktionärer Kritik an der »Industriegesellschaft« emporgewirbelt worden ist. Klärungs- und Differenzierungsprozesse werden hier unvermeidlich sein.

Dem Landtagswahlprogramm der hessischen Grünen kommt die Funktion zu, die unterschiedlichen sozialen Strömungen und politischen Orientierungen sowohl in der eigenen Mitgliedschaft als auch der Wählerbasis auf dem geduldrigen Papier zu vereinigen. Die Beliebigkeit nebeneinanderstehender Forderungen wie z. B. 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und kleinbetriebliche Dezentralisierung, die Vermeidung wirklicher Ursachenanalyse und die Unklarheit, welche sozialen Kräfte das Programm eigentlich umsetzen sollen, sind Ausdruck der genannten Funktion des Wahlprogramms. Weitergehende praktische Bedeutung kommt ihm nicht zu. Hinweisen wollen wir aber auf die Problematik der von den Grünen geforderten Einführung von »Formen direkter Demokratie«. Sie können sich dabei auf das verbreitete Gefühl vieler Wähler stützen, daß ihnen die Stimmabgabe alle vier Jahre keinen Einfluß auf politische Entscheidungen und Planungen verschafft und daß Maßnahmen wie z. B. der Bau der Startbahn West auch gegen den massiven

² Die FAZ stellt den Grünen im Kreistag von Groß-Gerau das folgende Zeugnis aus »Aus den anfangs belächelten Außenseitern sind Fraktionen geworden, die sich mit gewissen Einschränkungen in das Spektrum der etablierten Parteien einfügen und die parlamentarischen Spielregeln respektieren.« (FAZ 7. 8. 82)

Widerstand einer ganzen Region von der Landesregierung mit Unterstützung aller Landtagsparteien durchgezogen werden. Die Forderung nach »direkter Demokratie« muß aber leeres Gerede bleiben, wenn nicht auch von den **gesellschaftlichen Interessen** gesprochen wird, die mit diesen Formen zum Ausdruck gebracht werden sollen. Wäre etwa der Bau der Startbahn West gerechtfertigt, wenn er die Zustimmung des »Bürgerwillens« gefunden hätte? Oder sollen wir gegen eine reaktionäre Ausländerpolitik, für die heute durchaus Mehrheiten möglich sind, keinen Widerstand leisten? Das formale Prinzip für sich genommen ist kein Hindernis für reaktionäre Entwicklungen.

Auch wenn dem Wahlprogramm der Grünen keine größere praktische Bedeutung zukommt und wir deshalb hier auf eine eingehendere Würdigung verzichten, ist die Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die die Ökologie als den neuen, alles umfassenden Hauptwiderspruch entdeckt haben und glauben, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf als verstaubte Requisiten ins Museum der Sozialgeschichte stellen zu können, keineswegs überflüssig. Mit diesen Kräften und den Lösungen, die sie für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen anzubieten haben, haben wir als Kommunisten nichts gemeinsam. Allerdings werden sich die hier angelegten Widersprüche erst dann wirklich in vollem Umfang zeigen, wenn sie **praktisch** werden: Wenn die Arbeiter und Angestellten durch selbständiges Handeln für ihre Lebensinteressen eintreten und auch entsprechende politische Forderungen entwickeln, werden die Grünen — und nicht nur sie — Farbe bekennen müssen. Im gleichen Maße wird sich bei den Grünen selbst und innerhalb ihrer Wählerbasis der Differenzierungsprozeß zwischen jenen, die sich zum Sozialismus hinbewegen und jenen, die auch reaktionären Krisenlösungen die Hand bieten wollen, beschleunigen. Einen dritten Weg gibt es nicht, und wir werden diesen Differenzierungsprozeß nach Kräften fördern.

Diejenigen in der grünen Partei, die sich selbst als Sozialisten und Marxisten verstehen, werden entscheiden müssen, auf welcher Seite sie stehen wollen.

Grün wählen gegen Dregger? — Um was geht es bei der Hessenwahl?

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird nicht über die Verwirklichung grüner Politik entschieden. Es geht vielmehr um die praktisch sichere Ablösung des sozialdemokratischen Krisenmanagements Börnens durch den kompromißloseren Dregger-CDU-Kurs. In den vergangenen Jahren haben viele Kollegen trotz aller Enttäuschungen der SPD ihre Stimme gegeben, weil sie einer sozialdemokratischen Regierung weniger Schlimmes zutrauen wollten als einer von der CDU geführten. Damit, daß sich die Rezepte der SPD gegenüber Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit als wirkungslos erwiesen haben und Sozialdemokraten sich auch direkt am Sozialabbau beteiligen müssen, hat die SPD selbst bei einer wachsenden Zahl von Arbeitern und Angestellten dieser Vorstellung vom »kleineren Übel« den Boden entzogen. Aber auch aus einem anderen Grund spielt diese Vorstellung gegenwärtig in Hessen keine Rolle. Von einem »kleineren Übel« kann — wenn dies überhaupt je einen Sinn hatte — ja nur dann gesprochen werden, wenn zwischen einer SPD- und einer CDU-Regierung die Entscheidung zu treffen ist. Darum aber geht es bei der bevorstehenden Landtagswahl schon gar nicht mehr. Durch den fortschreitenden Zerfall der sozialdemokratischen Wählerbasis aufgeschreckt, hat sich die FDP für eine Koalition mit der Dregger-CDU entschieden, um ihre politischen Pfründe zu retten — vorausgesetzt, sie wird überhaupt im nächsten Landtag vertreten sein. Damit ist aber schon vor der Wahl die Entscheidung gefallen, daß die bisherige sozialliberale Landesregierung nicht weiterbestehen wird. Es geht in Hessen nur noch um den Übergang zu einer härteren Gangart kapitalistischer Krisen»sanierung«, dafür steht Dregger so gut wie Hoffie. Und wenn es überhaupt noch eine minimale Chance gibt, diesen Kurs **mit dem Stimmzettel** abzubremsen, dann nur, wenn eine möglichst starke grüne Fraktion in den Landtag einzieht. Durch den Zerfall der sozialdemokratischen Wählerbasis, der mit Worten nicht mehr zu stoppen ist, ist die SPD allein nicht mehr in der Lage, »Dregger zu verhindern« oder auch nur ihm parlamentarischen

Widerstand entgegenzusetzen. Scheitert die FDP an der 5%-Hürde — was nicht unwahrscheinlich ist — und kann die CDU nur eine relative Mehrheit erreichen, dann muß die SPD entscheiden, ob sie mit der CDU — in welcher Form auch immer — zusammenarbeiten will oder ob sie bereit ist, zusammen mit den Grünen dem Dregger-Kurs parlamentarischen Widerstand zu leisten. Mehr als Bremsen und Blockieren ist allerdings — anders als in Hamburg — ohnehin nicht möglich. Aber dabei werden sowohl SPD als auch Grüne konkret zeigen müssen, was sie wollen und was nicht. Und die Chance, daß die SPD vor einer wie auch immer gearteten großen Koalition mit Dregger zurückschreckt, dürfte um so größer sein, je stärker eine grüne Fraktion ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß die genannten Bedingungen auch eintreten, ist minimal, aber es ist die einzige Möglichkeit, Dregger auf parlamentarischer Ebene noch etwas entgegenzusetzen. Wer diese Chance nutzen will, muß die Grünen wählen, SPD zu wählen, ist in diesem Sinne nutzlos.

Eine wirkliche Kraft zum Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, Lohnsenkung und Umweltzerstörung und damit auch gegen den politischen Kurs, für den Dregger steht, wird freilich nicht aus dem Parlament kommen, auch die Grünen sind nicht diese Kraft. Diese Kraft wird nur in dem Maß entstehen, wie die Arbeiter und Angestellten mit selbständigem Handeln für ihre Interessen eintreten. Diesen Prozeß der Herausbildung einer kämpferischen Arbeiterbewegung bemühen wir uns mit all unseren Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Abgesehen von der minimalen parlamentarischen Chance, geht es bei der kommenden Landtagswahl politisch nur noch darum, den vielfältigen fortschrittlichen Protestströmungen gegen die herrschende Politik und ihre Folgen auch stimmenmäßig einen möglichst deutlichen Ausdruck zu verschaffen. Dazu gehören im gewerkschaftlichen Bereich auch all jene Kräfte, die sich von der Sozialpartnerschaft und kapitalistischem Krisenmanagement à la SPD weg und zu Klassenpositionen **hinbewegen**. Da die Grünen **derzeit** objektiv die einzige Wahlhilfe sind, der auf der Wahlebene die Rolle des Protestsymbols zukommt, können wir die genannten Strömungen in der Landtagswahl nur durch die **Stimmabgabe für die Grünen** unterstützen.

Aus den geschilderten Überlegungen ergibt sich, daß der DKP eine ähnliche Rolle wie gegenwärtig den Grünen nicht zukommt. Stimmabgabe für die DKP steht deshalb bei der Hessenwahl im Widerspruch zu einem möglichst geschlossenen Wahlausdruck der existierenden Protestströmungen.

Die Gefahr, daß wir uns von sozialdemokratischen Kollegen durch diese Haltung isolieren, besteht nach unseren Erfahrungen gegenwärtig nicht.

Gegenüber dem Nichtwählen aus Ratlosigkeit und Resignation sehen wir in der Bereitschaft zur Wahl der Grünen, die in der Arbeiterschaft vor allem von den Jüngeren kommt, ein positives Moment.³ Dahinter steht bei vielen die Suche nach neuen politischen Ausdrucksformen, die über Grüne und Stimmabgabe hinausgeht.

Wir wissen allerdings auch, daß viele Kollegen den Grünen ablehnend gegenüberstehen. Von der sozialen Herkunft her sind sie ihnen fremd und vieles an ihrem Verhalten und Auftreten, nicht zuletzt die Geringschätzung der Sorgen und Nöte der Arbeiter und Angestellten wirkt abstoßend. Aufgrund ihrer derzeitigen Rolle als Stimmenbarometer für die wachsende soziale Unzufriedenheit werden sie trotzdem von zahlreichen Kollegen die Stimme erhalten, von vielen sicher auch »mit der Faust in der Tasche«. Freilich sind die Grünen keine Arbeiterorganisation und wir können von ihnen auch nicht erwarten, daß sie in den Parlamenten Arbeiterinteressen vertreten. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft stellen sie auch keine politische Alternative zur SPD dar. Von einer solchen Alternative wird erst dann gesprochen werden können, wenn die Arbeiter und Angestellten selbst auf die politische Bühne treten.

GRUPPE ARBEITERPOLITIK / FRANKFURT-DARMSTADT

³ Als Hinweis für diese Einschätzung kann ein Umfrageergebnis gelten, nach dem ehemalige SPD-Wähler ihren Schritt zur Stimmabgabe für die Grünen in ihrem eigenen Selbstverständnis als Schritt nach links verstehen. Dies hat mit Programm und Selbstverständnis der grünen Partei recht wenig zu tun. (Vgl. FAZ 4. 8. 1982)